

Kommunalpolitische Forderungen

BOCHUMER BÜNDNIS
für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

2020



**Achtung:
Soziale
Schiefelage**



Kommunalpolitische Forderungen

Das Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ist 2010 gegründet worden, um den Abbau von sozialen Leistungen und kulturellen Angeboten zu verhindern. Die Auswirkungen der Bankenkrise haben die Städte unter großen finanziellen Druck gesetzt und die Leistungen für die Bürger*innen wurden eingeschränkt.

Ziel der gemeinsamen Aktivitäten des Bündnisses ist die Stärkung der Daseinsfürsorge und die Umsetzung einer sozialen und gerechten Politik. Wir fordern eine **Entschuldung der Kommunen**, damit unsere Städte handlungsfähig bleiben und in den Ausbau von sozialen Leistungen, in die Infrastruktur und in den Klimaschutz investieren können.



Gute Arbeit

Die öffentliche Hand und ihre Betriebe müssen sich zu guter Arbeit und Ausbildung verpflichten und eine Vorbildfunktion übernehmen. Wir fordern, Ausschreibungen sind so zu gestalten, dass soziale Kriterien wie Tariftreue, fairer Handel, Geschlechtergerechtigkeit und Mitbestimmung gewährleistet sind.

Die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen muss sich positiv bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen auswirken.



Kommunalpolitische Forderungen

Preiswerter Wohnraum für Alle

Der enger werdende Wohnungsmarkt in Bochum erfordert ein Korrektiv zu den renditeorientierten Wohnungsunternehmen. Wir fordern deshalb, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen bei der Vergabe von Fördermitteln und Grundstücken bevorzugt werden und dass das kommunale Wohnungsunternehmen VBW gemeinwohlorientiert ausgerichtet wird. Die Stadt sollte auf eine Renditeausschüttung bei der VBW verzichten. Städtische Grundstücke sollten in Erbpacht vergeben werden, um Einfluss auf die Bebauung zu haben und preiswerter Wohnraum sollte durch die Bekämpfung von Leerständen gesichert werden.



Busse und Bahnen sozialgerecht, klimafreundlich und bezahlbar

Die Möglichkeit, Busse und Bahnen zu nutzen, ist eine wichtige Voraussetzung, um soziale Kontakte zu ermöglichen und um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das muss auch für Menschen mit geringem Einkommen, für Menschen ohne Arbeit, für Migrant*innen, für Geflüchtete, für Kinder und Jugendliche und für Rentner*innen gelten. Der Öffentliche Personennahverkehr sollte deshalb kostenfrei sein. Als einen ersten Schritt fordern wir die Einführung eines NRW weiten Tickets für einen Euro pro Tag. Die Kosten für diese Tickets dürfen jedoch nicht zu Lasten der Beschäftigten der Verkehrsbetriebe gehen.



Kommunalpolitische Forderungen

Für die Zukunft benachteiligter Kinder

Jedes vierte Kind in Bochum lebt in einer Familie, die auf Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe angewiesen ist und arme Kinder und Jugendliche sind häufig von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Wir fordern den Ausbau der Unterstützungsangebote für bedürftige Familien, damit das Aufwachsen ihrer Kinder gut gelingen kann.



Geflüchteten eine Perspektive geben

Bochum hat genügend Platz, um freiwillig mehr als die zugewiesenen geflüchteten Menschen aufzunehmen. Die Geflüchteten sollen dezentral in eigenen Wohnungen untergebracht werden. Den Erwachsenen muss eine Teilnahme an Integrationskursen ermöglicht und für die Kinder und Jugendlichen müssen genügend Plätze in Kitas und Schulen bereitgestellt werden. Wir fordern großzügige Regelungen beim Familiennachzug, damit Kinder zusammen mit ihren Geschwistern und Eltern aufwachsen können.



Kommunalpolitische Forderungen

Erhalt und Ausbau der freien Kulturszene

Die Vielfalt der freien kulturellen Arbeit in Bochum muss dauerhaft gestärkt werden. Stadtteilnahe Angebote, kulturelle Bildung für Kinder und besondere Formate an kleineren Orten sollen erhalten und weiterentwickelt werden. Dazu gehören experimentelle Performances und interkulturelle und inklusive Projekte. Wir fordern eine deutliche Erhöhung des Kulturetats: 10% des Kulturhaushalts für die freie Kultur!



Für eine bunte, offene Gesellschaft

Wir wollen, dass Bochum eine bunte, welt-offene und solidarische Stadt bleibt. Rechts-extreme Parteien wie die AfD oder die NPD sollen keinen Sitz und keine Stimme im Rat und in den Bezirksvertretungen bekommen. Wir rufen dazu auf, wählen zu gehen und die demokratischen Parteien zu stärken.



BOCHUMER:BÜNDNIS

für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



RATHAUS NAZIFREI
Keine Stimme für AfD & NPD

Bahnhof Langendreer
DGB Bochum
DGB Region Ruhr-Mark
IFAK e.V. – Verein für multikulturelle Kinder- u. Jugendhilfe –
Migrationsarbeit
IG Metall Bochum-Herne
Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW
Kinder- und Jugendring Bochum e. V.
Mieterverein Bochum, Hattingen und Umgegend e. V.
ver.di Bezirk Mittleres Ruhrgebiet

www.bochumer-buendnis.de

V.i.S.d.P. Stefan Marx
DGB Region Ruhr-Mark
Alleestr. 80, 44793 Bochum